

6. Oktober 2021

Postulatder Fraktionen SP, Grüne
und parlamentarische Gruppe EVP

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie dem Stadtspital ein grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum gewährt und gleichzeitig eine angemessene demokratische Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat sichergestellt werden kann.

Der Stadtrat favorisiert und plant zu diesem Zweck eine Ausgliederung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Der Stadtrat soll neben dieser Variante der Ausgliederung eine weitere Variante aufzeigen, wie dieses Ziel ohne Ausgliederung in der heutigen Rechtsform als Dienstabteilung oder als Eigenwirtschaftsbetrieb umgesetzt werden kann, beispielsweise durch Anpassung von Finanzkompetenzen, Anpassung der Bezugspflichten und Schaffung von Möglichkeiten für Beteiligungen.

Diese Varianten soll er im Bericht gegenüberstellen und die jeweiligen Vor- und Nachteile aufzeigen und daraus eine Empfehlung ableiten.

Dabei sollen insbesondere folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Demokratische Legitimation der Aufsichtsorgane und Möglichkeiten, auf deren Besetzung Einfluss zu nehmen
- Steuerungsinstrumente und Budgetkompetenz auf den verschiedenen Ebenen wie z.B. Spitalstrategie, Immobilienstrategie und Angebotsstrategie
- Möglichkeiten übergeordnete, städtische Vorgaben auch für die Stadtspitäler zur Anwendung zu bringen, z.B. zu Anstellungsbedingungen oder Vorgaben zum Klimaschutz
- Möglichkeiten spezifische Vorgaben für die Stadtspitäler zur Anwendung zu bringen, z.B. ein Honorar-Reglement
- Möglichkeiten den Stadtspital zusätzlich spezifische Leistungsaufträge zu erteilen, die über die kantonalen Leistungsaufträge hinausgehen, z.B. Behandlung von Sans Papier

Der Bericht soll dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, die Varianten in ihren Grundsätzen zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Dies soll es dem Stadtrat in der Folge ermöglichen eine Weisung für die konkrete Ausgestaltung zu erarbeiten, die dem Stadtspital einen grösseren operativen Handlungsspielraum gewährt, eine angemessene demokratische Mitbestimmung und Steuerung sicherstellt und politisch mehrheitsfähig ist.

Begründung

Der Stadtrat hat bereits 2017 bekannt gegeben, dass er beabsichtige, die Stadtspitäler Triemli und Waid aus der Stadtverwaltung auszugliedern und in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Diese Absicht hat er auch im Februar 2021 in seiner Antwort auf die Interpellation 2020/380 bekräftigt.

So möchte er dem Stadtspital mehr operative Entscheidungsspielräume gewähren, damit es schneller und flexibler auf regulatorische Entwicklungen, Veränderungen im Umfeld und den

medizinischen Fortschritt reagieren kann. Zudem verspricht sich der Stadtrat durch die Einsetzung eines Spitalrats mit Fachpersonen und Vertretungen der Eigentümerschaft, fachlich fundiertere und damit qualitativ bessere Entscheidungen.

Während eine Ausgliederung gewisse Vorteile hat, ist sie oft auch mit einem Abbau an demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle verbunden. So hat das Parlament bei ausgegliederten Betrieben meist nur noch die Oberaufsicht. Wie die Praxis gerade in jüngerer Vergangenheit gezeigt hat, sind die Kompetenzen des Gemeinderates im Rahmen der Oberaufsicht äusserst bescheiden. Gleichzeitig gibt es mit dem Universitätsspital in Lausanne (CHUV) auch Beispiele von Spitälern, die über mehr Handlungsspielraum verfügen und in dieser Form gut funktionieren.

Es gibt gute Gründe, den Stadtspitälern mehr unternehmerische Freiheiten zu gewähren. Die Anpassung der Rechtsform ist dafür allerdings nicht zwingend. Dies zeigen etwa die separaten Finanzkompetenzen des Stadtrates in den Bereichen der IT oder der Liegenschaftskäufe.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, soll der Stadtrat dem Gemeinderat einen Bericht vorlegen, der mögliche Umsetzungsoptionen mit und ohne Rechtsform-Änderung aufzeigt und daraus eine Empfehlung ableitet. Der Gemeinderat soll so die Möglichkeit haben, beide Varianten in ihren Grundsätzen zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen oder Inputs zu geben. Der Einbezug dieser Stellungnahme des Gemeinderats soll es dem Stadtrat in der Folge ermöglichen eine Weisung für die konkrete Ausgestaltung zu erarbeiten, die einen grösseren operativen Handlungsspiel für das Stadtspital bringt und politisch mehrheitsfähig ist.

M. Muro Axel Baum
R. Schmid